SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die zentralen Aufgaben des IWF - Leitlinien für ein Reformprogramm

Radke, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Radke, D. (2000). *Die zentralen Aufgaben des IWF - Leitlinien für ein Reformprogramm.* (Analysen und Stellungnahmen, 5/2000). Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-194635

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DIE

DEUTSCHES INSTITUT
FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

Analysen und Stellungnahmen (5/2000)

Die zentralen Aufgaben des IWF - Leitlinien für ein Reformprogramm

Angesichts der dominierenden Stellung der USA, der Europäischen Währungsunion sowie Japans im Weltwährungssystem werden auch künftig alle wichtigen währungspolitischen Entscheidungen im Rahmen der G 7 getroffen werden. Der IWF wird sich auf absehbare Zeit mit einer Rolle begnügen müssen, die im wesentlichen die finanz- und währungspolitische Stabilisierung der Entwicklungs- und Schwellenländer, insbesondere der emerging economies zum Ziele hat. Vier Aufgabenfelder prägen sein Profil:

- *Währungspolitisches Forum: Unbeschadet der besonderen Rolle der G 7 sollte der IWF zu dem zentralen Weltwährungsforum ausgebaut werden. Nur bei einer angemessenen Beteiligung der Schwellen- und Entwicklungsländer an der Reform der internationalen Finanzarchitektur kann der IWF seinem Anspruch auf Universalität gerecht werden. Vor diesem Hintergrund konterkariert die im Herbst 1999 erfolgte Gründung der G 20, in der lediglich die wichtigen Industrie- und Schwellenländer vertreten sind, die beabsichtigte Aufwertung des Internationalen Finanz- und Währungsausschusses des IWF.*
- *Die wirtschafts- und währungspolitische Beratung der Mitgliedsländer wird auch künftig zu den Hauptaufgaben des IWF gehören. Sie ist der wichtigste Beitrag des IWF zur Krisenprävention. Dem IWF sollte das Mandat einer „erweiterten Informationspolitik“ erteilt werden, welches ihm in Einzelfällen erlaubt, die Öffentlichkeit über kritische Entwicklungen in einem Land zu informieren bzw. sogar zu warnen, wenn erkennbar wird, daß die jeweilige Regierung nicht willens ist, gravierenden Fehlentwicklungen im eigenen Land entgegenzutreten. Die Wirtschaftspolitik des betreffenden Landes könnte damit stärker über die Märkte diszipliniert werden.*
- *Die Finanzierungsfazilitäten stellen das wichtigste Instrument des IWF beim Management von Finanz- und Währungskrisen dar. Allerdings handelt es sich dabei um ein höchst unübersichtliches, bürokratisches System von Regelungen, dem im Laufe der Zeit auch die innere Logik abhanden gekommen ist. Mit Ausnahme der bestehenden Kreditfazilitäten sowie einer neuen Krisenfazilität, die alle Krisenfälle einschließt, sollten alle anderen Fazilitäten ersatzlos gestrichen werden. Dies gilt auch für die Armuts- und Wachstumsfazilität. Die Kreditfazilitäten müßten in ihrem Umfang entsprechend erweitert und die Laufzeiten der Kredite nach Art und Größe der Zahlungsbilanzprobleme flexibel gestaltet werden.*
- *Der IWF sollte seine Service-Funktionen, die er zum Teil bereits heute wahrnimmt, stärker ausbauen. Hierzu zählen u.a. die Erarbeitung von Statistiken, die Durchführung von Analysen und Begutachtungen, die Technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Transformationsländern sowie die Wahrnehmung von Vermittlerrollen, etwa im Verhältnis von privaten Gläubigern und Schuldnerländern im Rahmen von Verschuldungskrisen.*

Der IWF als zentrales währungspolitisches Diskussionsforum

Mit dem Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse Anfang der 70er Jahre verlor der IWF seine zentrale währungspolitische Rolle. An diesem Bedeutungsverlust hat sich bis heute nichts geändert. Das gegenwärtige Weltwährungssystem wird von den drei Währungen Dollar, Euro und Yen geprägt. Nichts deutet darauf hin, daß die amerikanische, die europäische und die japanische Zentralbank bzw. die hinter den drei Währungen stehenden Regierungen ihre dominierende Stellung im Weltwährungssystem zugunsten des IWF aufgeben wollen. Auch künftig wird sich der IWF mit einer währungspolitischen Rolle begnügen müssen, bei der es im wesentlichen um die Finanz- und Währungsprobleme der Entwicklungs- und Transformationsländer geht. Im Kontrast dazu steht allerdings der auch von den Industrieländern offiziell unterstützte Anspruch des IWF, nicht nur eine weltweit agierende Institution, sondern auch der institutionelle Fokus des Weltwährungssystems zu sein.

Niemand kann ernsthaft die dominierende währungspolitische Rolle der USA, der EWU und Japans in Frage stellen. Etwas anderes ist es aber, wie diese mit ihrer Macht umgehen. Wenn die G 7, wie so häufig in der Vergangenheit, über Reformen des IWF und der internationalen Finanzarchitektur diskutiert und diese faktisch beschließt und der IWF sowie die übrigen Mitglieder hierüber erst aus der Presse erfahren, dann ist das ein Stil, der nicht mehr in die Zeit paßt. Er trägt dazu bei, daß sich bei den Entwicklungs- und Transformationsländern der Eindruck verfestigt, der IWF sei ein Instrument der westlichen Industrieländer für wirtschafts- und währungspolitische Operationen „out of area“. Für die Glaubwürdigkeit des IWF ist es daher unverzichtbar, daß die währungspolitischen Diskussionen wieder in den IWF zurückverlagert werden. Die Umbenennung des *Interim*komitees, in dem Entwicklungs- und Industrieländer vertreten sind und das nunmehr Internationaler Währungs- und Finanzausschuß heißt, sollte mit einer faktischen Aufwertung dieses Gremiums verbunden sein. Die im Herbst 1999 erfolgte Gründung der G 20, in der die wichtigen Industrieländer und *emerging economies* Fragen der internationalen Finanzarchitektur erörtern, stellt eine höchst problematische Entwicklung dar, weil sie dazu beiträgt, die Rolle des IWF zu schwächen.

Wirtschafts- und währungspolitische Beratung

Die wirtschafts- und währungspolitische Beratung von Mitgliedsländern zählt seit Jahren zu den wichtigsten Aufgaben des IWF und dient vor allem der Krisenprävention. Sie ist zugleich die schwierigste, weil sie nicht nur mit dem Risiko von Fehleinschätzungen verbunden ist, sondern auch ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl im Umgang mit den nationalen Entscheidungsträgern erfordert.

So ist zunächst zu klären, wie intensiv und wann die Beratung durch den IWF erfolgen soll. Die laufenden Konsultationen nach Art. IV des IWF-Vertrages finden in der Regel einmal im Jahr statt. Die Ergebnisse sind für das Mitgliedsland unverbindlich, d.h. die Länder können dem Rat des IWF folgen, müssen es aber nicht. Sehr häufig tun sie es nicht. So waren zum Beispiel Länder wie Thailand, Malaysia oder Indonesien vor dem Ausbruch der Finanzkrise von ihren eigenen Erfolgen so geblendet, daß sie jede Warnung vor strukturellen Fehlentwicklungen in den Wind schlugen. Für größere Länder wie Indien, China oder Brasilien ist die Unabhängigkeit vom IWF vor allem eine Frage des nationalen Prestiges. Anderen Ländern wiederum fehlt die Einsicht oder die Kraft zu strukturellen Korrekturen.

Eine wesentlich intensivere Form der Beratung und Auseinandersetzung mit den wirtschafts- und finanzpolitischen Problemen ist erst dann möglich, wenn das Mitgliedsland Fondsmittel in Anspruch nehmen will. Der wirtschaftspolitische Dialog geht dann in Auflagenpolitik über. Da diese in der Regel dem Land erhebliche Anpassungsprozesse abfordert, ist es verständlich, daß die Regierungen die Inanspruchnahme von Fondsmitteln so lange wie möglich hinausschieben. Die Auflagenpolitik des IWF greift daher in aller Regel erst zu einem sehr späten, häufig zu späten Zeitpunkt.

Angesichts dieser Schwierigkeiten wäre es sinnvoll, dem IWF ein Instrument in die Hand zu geben, das stärker ist als die laufenden Konsultationen und bereits in einer Phase zum Einsatz kommen kann, die vor der Inanspruchnahme von Fondsmitteln und dem Beginn der Auflagenpolitik liegt. Ein derartiges Instrument könnte eine *erweiterte Informationspolitik* sein, die darauf zielt, die Wirtschaftspolitik eines Landes stärker über die Märkte zu disziplinieren.

Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften ist die Marktwirtschaft auch in den Entwicklungsländern zum wirtschaftspolitischen Leitbild geworden. Vor allem jene Länder, denen der Zugang zu den internationalen Finanzmärkten gelungen ist, sind in wachsendem Maße auf die Einschätzung ihrer Kreditwürdigkeit durch ausländische Investoren und Banken angewiesen. Dem IWF sollte daher das Mandat übertragen werden, die Marktteilnehmer gezielt über kritische Entwicklungen in einem Mitgliedsland zu informieren bzw. sogar zu warnen, wenn erkennbar wird, daß die jeweilige Regierung nicht willens ist, gravierenden Fehlentwicklungen im eigenen Land entgegenzutreten. Die Disziplinierung staatlicher Wirtschaftspolitiken durch die Märkte stellt heute schon ein wirksameres Instrument der Einflußnahme auf nationale Wirtschaftspolitiken dar als die vom IWF verhängten Auflagen. Die von diesem verfolgte und im Laufe der Zeit immer stärker verfeinerte Auflagenpolitik orientiert sich noch an einem Entwicklungsmodell, in dem die Regierungen die überragenden Akteure im Entwicklungsprozeß sind und den nationalen wie internationalen Märkten keine disziplinierende Macht auf die Regierungspolitik zuerkannt wird.

In einem Punkt scheint die Diskussion um die Reform des IWF zu einem Konsens geführt zu haben: Der IWF soll sich künftig auf die Makropolitiken der Mitgliedsländer konzentrieren und sich aus der Entwicklungshilfe zurückziehen. Letzteres sei Aufgabe der Weltbank. Bei näherer Betrachtung erweist sich jedoch, daß mit den beiden Schlagworten *Makropolitik* und *Entwicklungshilfe* der eigentlichen Problematik nur sehr unzureichend Rechnung getragen wird. Eine strikte Trennung beider Bereiche wäre nur dann zu vertreten, wenn die entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf die Finanzierung einzelner Investitionsprojekte beschränkt bliebe. Tatsächlich verbirgt sich hinter diesem Ausdruck aber weit mehr. Gerade die „Entwicklungshilfe“ des IWF zielt auf strukturelle Veränderungen, um die Märkte und Institutionen effizienter zu machen und die Voraussetzungen für eine wirksamere Makropolitik zu verbessern. Die vom IWF vereinbarten Programme sind im Kern makroorientiert.

In der gegenwärtigen Diskussion sollte nicht vergessen werden, daß die große Zahl der in den 60er und 70er Jahren gescheiterten IWF-Programme nicht zuletzt mit der Haltung des IWF zusammenhing, man könne sich in den Entwicklungsländern auf die Währungs- und Makropolitik beschränken. „Sich bloß nicht in die Interna eines Landes hineinziehen lassen“, lautete damals die Devise. Es war der schmerzhafte Lernprozeß der im IWF arbeitenden Währungspolitiker, zu erkennen, daß ohne Berücksichtigung der hinter den Währungs- und Makropolitiken liegenden Strukturprobleme eine Sanierung defizitärer Leistungsbilanzen nicht möglich ist. Die Überwindung des engen währungspolitischen Ansatzes entsprach daher nicht einer ehrgeizigen, auf Kompetenzerweiterung zielenden IWF-Politik, sondern den strukturellen Gegebenheiten unterentwickelter Ökonomien.

Für den IWF stellt sich die Frage immer wieder neu, wie breit und wie tief seine Analysen und Auflagen angelegt sein sollen und an welcher Stelle die Arbeitsteilung mit der Weltbank beginnt. Diese Grenzziehungen lassen sich nicht theoretisch ableiten. Vielmehr muß in einem intensiven Diskussionsprozeß mit der Weltbank pragmatisch festgelegt werden, welche Institution welche Aufgaben übernimmt und wie die Zusammenarbeit konkret aussehen soll. In welcher Weise dies geschehen kann, hat zum Beispiel die Vereinbarung zwischen IWF und Weltbank über die Zusammenarbeit im Finanzsektor gezeigt.

Finanzhilfen und Krisenmanagement

Immer wiederkehrende Zahlungsbilanzprobleme und Finanzkrisen in den Entwicklungs- und Transformationsländern haben die Finanzhilfen und das Krisenmanagement zu einer Daueraufgabe des IWF gemacht. Letztlich geht es um die Bewahrung und Wiederherstellung monetärer Stabilität in diesen Ländern, zum einen, um ihre nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu gewährleisten, zum anderen, um ein Überschwappen monetärer Instabilität auf das globale Finanzsystem zu verhindern. Letzteres gilt vor allem für Währungs- und Finanzkrisen in den *emerging economies*, die inzwischen ein so starkes ökonomisches Gewicht gewonnen haben, daß sie die finanzielle und währungspolitische Stabilität der OECD-Welt beeinträchtigen können

Die Bereitstellung finanzieller Hilfe erfolgt im Rahmen der IWF-Fazilitäten und setzt den Abschluß eines Stabilisierungsabkommens voraus, in dem sich das Mitgliedsland zur Durchführung von Wirtschaftsreformen verpflichtet. In dem Bemühen, den individuellen Finanzie-

rungsbedürfnissen seiner Mitglieder möglichst gerecht zu werden, ist aus diesem Instrument im Laufe der Zeit ein höchst unübersichtliches, bürokratisches System von Regelungen geworden, dem inzwischen auch die innere Logik abhanden gekommen ist. Zusätzlich entbehrt es nicht einer gewissen Willkür, da der Umfang der finanziellen Hilfe von der Art und Größe der Zahlungsbilanzungleichgewichte abhängt, diese aber erhebliche Interpretationsspielräume zulassen. Eine Reform des Systems der Fazilitäten im Sinne größerer Transparenz und administrativer Vereinfachung ist daher überfällig.

Im Prinzip sollten sämtliche Fazilitäten mit Ausnahme der regulären Reserve- und Kreditfazilitäten ersatzlos gestrichen werden. Der Kreditspielraum im Rahmen dieser Fazilitäten müßte dann entsprechend erweitert werden. Zusätzlich sollte eine einheitliche Fazilität eingerichtet werden, die alle Katastrophenfälle abdeckt. Die Laufzeiten der IWF-Kredite sollten flexibel gehandhabt werden und auch die Möglichkeit eines längerfristigen Engagements zulassen, damit den unterschiedlichen Ursachen von Zahlungsbilanzdefiziten ausreichend Rechnung getragen werden kann.

Finanzkrise in Asien: IWF-initiierte Hilfeleistungen (in Mrd. US $)

Länder	IWF	Weltbank/ ADB	Bilaterale Geber	Gesamt
Indonesien	11,2	10,0	21,1	42,3
Korea	20,9	14,0	23,3	58,2
Thailand	4,0	2,7	10,5	17,2
Total	**36,1**	**26,7**	**54,9**	**117,7**

Quelle: IWF, Annual Report, 1998

Die Forderung, die IWF-Ausleihungen auf eine reine Liquiditätshilfe zu beschränken, wie sie zum Beispiel von der Meltzer-Kommission - einer vom amerikanischen Kongreß eingesetzten Expertengruppe zur Ausarbeitung von Reformvorschlägen der internationalen Finanzierungsinstitutionen - erhoben wurde, geht an den Realitäten der Entwicklungs- und Transformationsländer vorbei. Auch in früheren Zeiten hat der IWF kurzfristige Gelder nur in wenigen Ausnahmefällen zur Verfügung gestellt. Seine Standard-Konditionen sehen Laufzeiten von 3 bis 5 Jahren vor, was nach allgemeinem Sprachgebrauch mittelfristig ist. Außerdem ist auch hier wieder in Erinnerung zu rufen, daß der IWF in den 80er und 90er Jahren Fazilitäten mit langen Laufzeiten eingeführt hat, weil er der beinahe einhelligen Kritik entgegentreten mußte, seine kurzfristigen Finanzhilfen kämen einer Politik des „overkill“ gleich. Man denke an die Jahrestagung von IWF und Weltbank 1988 in Berlin. Massenproteste mit zum Teil militantem Charakter führten dazu, daß sich die Stadt drei Tage lang fast am Rande des Ausnahmezustandes befand. Offensichtlich scheint das Pendel der öffentlichen Meinung in bezug auf die Fristigkeit der IWF-Hilfe heute in die entgegengesetzte Richtung zu schlagen. Die Erkenntnisse von damals bleiben aber unverändert gültig: Nicht alle Arten von Zahlungsbilanzdefiziten in Entwicklungs- und Transformationsländern lassen sich auf kurze oder mittlere Frist beheben und nicht alle Entwicklungs- und Transformationsländer sind in der Lage, Zahlungsbilanzprobleme gleich schnell zu überwinden.

Dem Einwand, der IWF würde mit einer Vereinfachung seiner Fazilitäten in bestimmten Fällen die Möglichkeit genommen, dem Finanzierungsbedarf eines Mitglieds zu entsprechen, kann leicht begegnet werden. Auch in der Vergangenheit war es nicht die Aufgabe des IWF, Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren. Immer stand die katalytische Funktion der IWF-Hilfe im Vordergrund. Mit dem Abschluß eines Stabilisierungsabkommens soll den Geberländern und internationalen Kapitalmärkten signalisiert werden, daß das in Zahlungsschwierigkeiten geratene Land grundlegende Korrekturen seiner Wirtschaftspolitik eingeleitet hat und ihm im Rahmen der festgelegten Limits wieder Kredite zur Verfügung gestellt werden können.

Mit dieser Vereinfachung wäre auch das Problem der *Armutsreduzierungs- und Wachstumsfazilität* - der früheren Strukturanpassungsfazilität - vom Tisch, die unter allen Fazilitäten eine Sonderstellung einnimmt und seit langem im Kreuzfeuer der Kritik steht. Im Hinblick auf ihre Konditionen und ihre Refinanzierung muß sie uneingeschränkt als Entwicklungshilfe klassifiziert werden. Auch die Zugangsbedingungen sind der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit entlehnt: Nicht ein Zahlungsbilanzproblem, sondern ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Fazilität. Die Zielsetzung dieser Fazilität wird jedoch häufig mißverstanden, woran der IWF allerdings selbst schuld ist. Die zahlreichen Äußerungen des früheren Geschäftsführenden Direktors Camdessus, es gehe nunmehr auch dem IWF in erster Linie um Armutsbekämpfung, erweckten den Eindruck, die Grenzen zur Entwicklungszusammenarbeit seien aufgehoben. Daß auch eine gute Wirtschafts- und Währungspolitik zur Armutsüberwindung beitragen, wird in der Regel - auch von vielen Entwicklungspolitikern - nicht zur Kenntnis genommen bzw. nicht mit dem Armutsbegriff in Zusammenhang gebracht.

Ein weiteres Problem, das Anlaß zu kontroversen Diskussionen gibt, ist das Verhältnis des IWF und der öffentlichen Geber zu den privaten Gläubigern. In den 90er Jahren hat sich die Relation von öffentlichen und privaten Finanzierungen in den Entwicklungsländern drastisch zugunsten der privaten verschoben. Finanzkrisen und Zahlungsbilanzprobleme werden daher künftig im wesentlichen die privaten und nicht mehr die öffentlichen Gläubiger treffen. Auf diese veränderten Rahmenbedingungen muß der IWF reagieren. Die Antwort kann sicherlich nicht heißen, die finanzielle Kapazität des IWF immer weiter zu erhöhen und die öffentlichen Geber noch stärker in die Pflicht zu nehmen. Die Finanzkrise in Asien war wahrscheinlich die letzte Krise, bei der den internationalen Geschäftsbanken mit öffentlichen Geldern so großzügig unter die Arme gegriffen wurde. Ein in diesem Maße betriebenes *bailing out* der privaten Gläubiger schafft kontraproduktive Anreizstrukturen, d.h. Anreize für die Banken, den Entwicklungsländern weiterhin unter Vernachlässigung einer sorgfältigeren Risikoabschätzung Gelder zu leihen. (*moral hazard*)

Langfristige Netto-Kapitalzuflüsse in Entwicklungsländer (in Mrd. US $)

	1985	1990	1995	1999
Öffentl. Kapitalzuflüsse	36,0	55,9	53,9	52,0
Private Kapitalzuflüsse	31,6	43,5	203,3	238,8
- Direktinvestitionen	10,9	24,1	105,0	192,0
- Private Kredite	20,6	15,7	62,2	19,2
- Portfolioinvestionen	0,1	3,7	36,1	27,6

Quelle: DRS und OECD

Service-Funktionen des IWF

Hinter diesem Begriff verbergen sich eine Reihe von Einzelaktivitäten, die vom IWF bisher nur teilweise und aktiv wahrgenommen worden sind. Der IWF sollte diese Dienstleistungen systematisch ausbauen und als ein neues eigenständiges Aufgabenfeld begreifen. Hierunter fallen einmal die Erarbeitung und Veröffentlichung von *Statistiken*. Angesichts der wachsenden Interdependenz der Weltwirtschaft sind die Anforderungen an die Statistiken in den letzten Jahren in bezug auf Zeitnähe, Tiefengliederung und internationale Vergleichbarkeit stark gestiegen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es künftig einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen dem IWF und seinen Mitgliedern. Erhebliche Defizite gibt es bei der Erfassung der internationalen Kapitalmarktströme. Die Informationen über Offshore-Zentren sind unzureichend. Die Ankündigung des IWF, sein Personal durch Kapitalmarktexperten erheblich zu verstärken, deutet darauf hin, daß er gewillt ist, diese Funktion aktiver als bisher wahrzunehmen.

Eine zweite Service-Leistung ist der Bereich *Analysen und Begutachtungen*. Dieser Aufgabe ist der IWF in der Vergangenheit nur sporadisch, d.h. auf Anfrage nachgekommen. Analysen für den Weltwirtschaftsgipfel oder die Bewertung der wirtschaftlichen Situation eines Mitgliedslandes für den Pariser Club sind die bekanntesten Beispiele. Diese Service-Leistungen sollten vom IWF künftig aktiver angeboten werden. Denkbar wäre zum Beispiel, daß die Mitgliedsländer den IWF um eine Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation bitten, weil sie sich von der Veröffentlichung dieser Stellungnahme positive Reaktionen der Märkte erhoffen. Noch weiter reichen die Vorschläge der Meltzer-Kommission, die Wirtschaftspolitik aller Mitgliedsländer einer laufenden Bewertung („rating“) zu unterziehen, um den internationalen Finanzmärkten bessere Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung zu stellen.

Technische Zusammenarbeit: Angesichts des hohen Bedarfs an währungspolitischer Beratung sowie der Bereitschaft des UNDP und bilateraler Geber, dem IWF hierfür finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, ist diese Aktivität inzwischen zu einer dauerhaften Funktion geworden. Da heute der Krisenprävention gegenüber dem Krisenmanagement eine viel höhere Priorität beigemessen wird, sollten einer Ausweitung der Technischen Hilfe auch keine grundsätzlichen Erwägungen entgegenstehen.

Die letzte hier zu nennende Service-Funktion des IWF könnte in einer *Vermittlerrolle* bestehen. Sie bietet sich vor allem beim Ausbruch von Finanzkrisen an, bei dem es um ein möglichst rasches Arrangement zwischen den privaten Gläubigern und dem Schuldnerland geht. Auf der Gläubigerseite handelt es sich in der Regel um Hunderte von Banken, und es wäre zu spät, wenn sich diese erst nach Ausbruch der Krise zusammensetzen würden, um eine Einigung mit dem Schuldnerland zu erzielen. Da im Krisenfall Eile geboten ist, müssen die Weichen vorher gestellt werden, d.h., bereits mit dem Abschluß eines Kreditvertrages muß festgelegt werden, welche Konsequenzen sich bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners ergeben. Nach allen Erfahrungen verweigern die Banken aber dem Schuldnerland das Recht, den Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit allein zu bestimmen. Daher bedarf es der Einschaltung einer dritten, objektiven Instanz. Diese Instanz kann nur der IWF sein, zum einen, weil er über die besten Informationen verfügt, die Zahlungsfähigkeit eines Landes zu beurteilen und zum anderen, weil ihm eine neutrale Vermittlerposition unterstellt werden kann.

Vieles spricht dafür, daß die Stellung des IWF im internationalen Währungssystem künftig nicht mehr primär von seiner eigenen finanziellen Kapazität oder dem Volumen der Hilfepakete bestimmt wird, die er im Krisenfall insgesamt zu mobilisieren in der Lage ist. Zwar wird es auch weiterhin Finanzkrisen geben, in denen der IWF finanziell gefordert ist, aber nicht mehr in der Weise, wie dies bei der letzten Finanzkrise zu beobachten war. Von größerer Wichtigkeit werden jene Funktionen und Qualifikationen, die dem IWF aus seiner breiten Informationsbasis, seiner fachlichen Kompetenz, seiner Analyse- und Beraterfunktion sowie seiner Beteiligung an währungspolitischen Entscheidungen erwachsen. Der konsequente Ausbau dieser Funktionen ist auf absehbare Zeit die einzige Möglichkeit, um aus dem Schatten der drei großen währungspolitischen Akteure USA, EWU und Japan herauszutreten. Dabei wird sich der IWF, um seinem Anspruch auf Universalität zu genügen, künftig wesentlich stärker um die Einbindung der Schwellenländer und übrigen Entwicklungs- und Transformationsländer bemühen müssen als in der Vergangenheit.

Dr. Detlef Radke

Leiter der Abteilung “Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Währungspolitik und Entwicklungsfinanzierung;
regionaler Schwerpunkt: Süd- und Ostasien“

Weiterführende Literatur:

Deutsche Bundesbank (9/2000): Die Rolle des Internationalen Währungsfonds in einem veränderten weltwirtschaftlichen Umfeld

ODC Task Force Report (4/2000): The Future Role of the IMF in Development

Meltzer, A., et al. (2000): Report of the International Financial Institution Advisory Commission, http://phantom-x.gsia.cmu.edu/IFIAC/Report.html

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK©
GERMAN DEVELOPMENT INSTITUTE · INSTITUT ALLEMAND DE DEVELOPPEMENT
TULPENFELD 4 - D-53113 BONN TELEFON (0228) 949 27-0 · TELEFAX (0228) 949 27-130
DIE@die-gdi.de · www.die-gdi.de · ISSN 1434-8934